

(A) **Ingbert Liebing (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen mit gleicher Zielsetzung die Rücknahme eines Gesetzes, das der Deutsche Bundestag am 4. Dezember beschlossen hatte und das erst seit vier Wochen in Kraft ist. Ich finde es schon erstaunlich, welche Schlüsse Sie nach vier Wochen ziehen können, wenn es um die Frage geht, ob ein Gesetz funktioniert oder nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Branche sollte man etwas mehr Zeit geben, zu zeigen, was möglich ist und was nicht.

Diese Anträge sind in der Form und in der Sache – dies haben wir heute erlebt – Klamauk und kein Beitrag zur Lösung der Probleme unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dabei ist es überhaupt kein Geheimnis, Herr Gambke, dass es auch in unserer Fraktion unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema gegeben hat.

(Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Es gibt nicht wenige, denen eine Diskussion über dieses Thema im Zusammenhang mit der gesamten Umsatzsteuerproblematik lieber gewesen wäre. Aber für den Budenzauber, den Sie hier veranstalten, hat bei uns niemand Verständnis.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Die Anträge sind in der Form daneben; denn es ist schon ein merkwürdiger Stil, Debatten und Entscheidungen, die gerade erst geführt und getroffen wurden, wenige Wochen später wieder aufzuwärmen. Wenn es die Strategie der Opposition sein soll, in dieser Wahlperiode immer die Schlachten von gestern zu führen, dann ist das ein Armutszeugnis für die Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn Sie ankündigen, Frau Kollegin Bätzing, dass sie das regelmäßig machen wollen, dann erst recht. Offensichtlich haben Sie keine besseren Argumente und Themen, als dass Sie uns mit längst ausdiskutierten und unterschiedenen Sachfragen kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Die zu Misserfolgen führen!)

Für mich ist es schon bezeichnend – das ist schon gesagt worden –, dass es auch in Ihren Reihen nicht wenige gegeben hat und gibt, die dieser Umsatzsteuersenkung für das Beherbergungsgewerbe sehr wohl etwas Positives abgewinnen können.

(Sabine Bätzing [SPD]: Zu dieser Zeit niemals! Vor 14 Jahren!)

Die Tourismuspolitiker Ihrer Fraktion im Tourismusausschuss vertreten dies; aber sie sind heute nicht einmal hier. Wo sind sie denn? Wahrscheinlich ist es ihnen peinlich, was Sie hier an Anträgen vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Uns war das Allgemeinwohl wichtiger!)

(C)

Diese Anträge sind auch in der Sache daneben; denn Sie schüren Neidkomplexe, indem Sie das Beherbergungsgewerbe darstellen, als bestehe es nur aus wenigen Hotelketten oder einigen reichen Hoteliers, die sich die Taschen vollstopfen. Davon ist doch die Rede. Welches Bild haben Sie eigentlich von der touristischen Branche in unserem Land? Diese Branche steht in einem harten Wettbewerb, der nicht zuletzt deswegen in Europa härter geworden ist, weil inzwischen 21 Länder um uns herum den abgesenkten Mehrwertsteuersatz eingeführt haben – nicht zuletzt deshalb, weil der damalige SPD-Finanzminister Steinbrück einer entsprechenden EU-Regelung ausdrücklich zugestimmt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun argumentieren Sie, es müssten auch die Preise sinken, wenn es um den Wettbewerb mit den Nachbarländern geht. Ich halte es schon für bedauerlich, dass man Ihnen erst erklären muss, dass Wettbewerb nicht nur über den Preis, sondern auch über die Qualität geführt wird. Entscheidend ist das Preis-Leistungs-Verhältnis und nicht nur ein Preiskampf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Liebing, der Kollege Gambke würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. Erlauben Sie das?

(D)

**Ingbert Liebing (CDU/CSU):**

Ja, gerne.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte schön.

**Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Wenn Sie von Wettbewerb sprechen, wie kommentieren Sie dann die Meldung, dass Deutschland nach dem Sparkassen-Tourismusbarometer Spanien und Italien in Bezug auf Übernachtungen als Marktführer in der EU abgelöst hat?

**Ingbert Liebing (CDU/CSU):**

Ich gebe Ihnen dazu gern eine passende Antwort, weil wir, die Tourismuspolitiker unserer Fraktion, gerade gestern mit Professor Feige, der dieses Tourismusbarometer erstellt hat, und dem Sparkassen- und Giroverband zusammengesessen haben. Sie haben aus ihrer Gesamtbetrachtung ein Fazit gezogen, weil wir gefragt haben, was man jetzt tun müsse, um der Branche zu helfen. Sie haben uns Folgendes gesagt: Entscheidend sind Innovationen, Investitionen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

Das ist das Fazit aus dem Tourismusbarometer. Genau deswegen senken wir den Umsatzsteuersatz: für Innovation, für Investition und für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

**Ingbert Liebing**

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Faire Löhne!)

Ein Beispiel: Ein Betrieb in der Schweiz hatte im vergangenen Jahr bei einem Umsatz von 1 Million Euro einen um 125 000 Euro höheren Ertrag als sein deutscher Kollege. Über diesen Ertrag kann er verfügen, um ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis zu erzielen, egal ob durch Preissenkungen oder für Investitionen in bessere Qualität. Bei der Qualität haben wir in Deutschland Nachholbedarf. An der Erkenntnis führt kein Weg vorbei. Wir kennen doch Betriebe im Charme der 70er- und 80er-Jahre. Aber es gibt auch Betriebe, die top sind, weil sie in den letzten Jahren investiert haben. Aber wer top ist, muss auch viel tun, um top zu bleiben. Für diese Investitionen leisten wir einen Beitrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hellmut Königshaus [FDP]: So ist das!)

Das Bild von einigen wenigen reichen Hoteliers, das Sie von der Branche zeichnen, geht an der Wirklichkeit völlig vorbei. Wir haben es mit einer stark mittelständisch geprägten Branche zu tun. Es gibt insgesamt 45 000 Betriebe. Dreiviertel aller Hotels verzeichnen einen Jahresumsatz von weniger als 500 000 Euro. Dazu gehören kleine Landpensionen und Bauernhöfe mit wenigen Ferienwohnungen, hinzu kommen Campingplätze und zahlreiche private Kleinvermieter mit ein oder zwei Appartements. Zur Branche gehören auch über 350 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Zehntausende Auszubildende. Sie alle profitieren davon, wenn es ihrem Betrieb besser geht, wenn er wettbewerbsfähiger ist. Die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Branche ist ein wichtiger Grund, warum wir dieses Gesetz genau so gestaltet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Senkung des Umsatzsteuersatzes ist ein Bestandteil des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. Das Gesetz trägt diesen Namen nicht ohne Grund. Es geht um neues Wachstum. Ich bin überzeugt: Hiermit schaffen wir neues Wachstum; denn wir geben den Betrieben Luft für Investitionen. Ich habe 300 Hotels, Pensionen und Campingplätze in meinem Wahlkreis angeschrieben und nachgefragt, wie die neuen finanziellen Spielräume genutzt werden. Mir wurden viele Beispiele genannt, wie investiert wird. Ein renommiertes Hotel wollte 900 000 Euro investieren. Die Bank hat das nicht finanziert. Die Branche ist derzeit schlecht geratet. Nach dieser Gesetzesänderung ist die Wirtschaftlichkeit des Betriebes besser. Der Betrieb bekommt den Kredit. Es wird investiert. Das sind 900 000 Euro, die auch dem Handwerk zugutekommen.

Wir fordern Bürokratieabbau. Sie sagen: Das Gesetz bedeutet mehr Bürokratie.

(Sabine Bätzing [SPD]: Das sagen nicht nur wir! Das sagen auch die Hoteliers, die IHK und der BDI!)

Ich will Ihnen zwei Antworten vorlegen, die mir Hoteliers gegeben haben. So groß ist der zusätzliche bürokrati-

tische Aufwand, der die Beschränkung auf die Beherbergungsleistung erfordert, nämlich gar nicht. (C)

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Die Wirtschaftsverbände sind dagegen!)

Mit entsprechender EDV-Software ausgerüstet sind die marginalen Änderungen der Stammdaten leicht zu bewältigen – so ein Hotelier. Ein anderer sagt: Da wir das Frühstück aus grundsätzlichen Erwägungen stets getrennt aufführen, gibt es keinen bürokratischen Aufwand. – Das sind Antworten auf die Panikmache, die Sie betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nur auffordern: Beenden Sie endlich Ihre unsägliche Kampagne! Sie schaden dem Ansehen einer Branche. Sie hat es nicht verdient, dass Sie Ihre parteipolitischen Spielchen auf ihrem Rücken austragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Beenden Sie Ihre Klientelpolitik!)

Beteiligen Sie sich lieber an der Lösung der tatsächlichen Probleme unseres Landes. Davon gibt es genug.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Die werden Sie auch nicht lösen!)

(B)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Ich schließe die Aussprache. (D)

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/520 und 17/447 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Heidrun Dittrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Verbesserung der Rentenanwartschaften von Langzeiterwerbslosen**

– Drucksache 17/256 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat das Wort der Kollege Matthias Birkwald für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)